

Einführung in den Themenbereich: Die Konstitution sozialer Probleme

Albrecht, Günter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Albrecht, G. (1981). Einführung in den Themenbereich: Die Konstitution sozialer Probleme. In J. Matthes (Hrsg.), *Lebenswelt und soziale Probleme: Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980* (S. 125-129). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-407137>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Einführung

Günter Albrecht

Die Beschäftigung mit der Konstitution sozialer Probleme bedarf einer doppelten Rechtfertigung; einmal gegenüber der Öffentlichkeit, die mit einem gewissen Recht erwartet, daß die Soziologie vor allem einen Beitrag zur Lösung sozialer Probleme leistet, statt sich in die eher esoterische Frage zu verirren, wie und wodurch soziale Probleme konstituiert werden; und zum anderen gegenüber der eigenen Wissenschaft, die – ebenfalls mit einem gewissen Recht – anführt, daß es sich bei dem Begriff „soziales Problem“ um eine alltagssprachliche, vorwissenschaftliche Kategorie handele, die aus wissenschaftlichen Analysen herauszuhalten sei.

Gegenüber dem letzten Argument mag man anführen, daß diese alltagssprachliche Kategorie einen wichtigen empirischen Referenten insofern hat, als das Etikett „soziales Problem“ gesellschaftliche Bedingungen und Prozesse kennzeichnet, um die sich gesellschaftliche Konflikte, Diskussionen, Forderungen, Maßnahmen ranken, die erhebliche gesellschaftliche Aktivitäten binden. Vor allem aber erweist sich bei aller Neigung, den Begriff soziales Problem und teilweise auch den Gegenstand aus der Soziologie zu verbannen, bei näherem Hinsehen, daß die Soziologie erhebliche Schwierigkeiten damit hat, zu bestimmen, was eigentlich ein „soziales Problem“ ausmacht, durch was und wie es „konstituiert“ wird.

Der Vorwurf, die Analyse der Konstitution sozialer Probleme laufe auf einen Rückzug von der Mitarbeit der Soziologie an der Lösung sozialer Probleme hinaus, dürfte nur auf den ersten Blick überzeugen. Wir hoffen, durch die hier vorzustellenden Arbeiten deutlich zu machen, daß die Erforschung der Konstitution sozialer Probleme Erkenntnisse beizusteuern hat, die zu einer *reflektierteren*, wenn vielleicht auch zurückhaltenderen Beteiligung der Soziologie an der Lösung sozialer Probleme führen.

Das Interesse an der Erforschung der Konstitution sozialer Probleme resultiert aus der immer stärkeren sozialwissenschaftlichen Kritik, theoretisch und empirisch, an „absolutistischen“ oder „objektivistischen“ Ansätzen, die in der Soziologie sozialer Probleme lange Zeit eindeutig dominierten und erst in den letzten Jahren in Bedrängnis gerieten. Sie führten die „Konstitution“ sozialer Probleme direkt und unvermittelt auf die Existenz bzw. Entstehung objektiv identifizierbarer sozialer Bedingungen zurück, deren Charakter als soziale Probleme zweifelsfrei feststand. Die Konstitution dieser sozialen Bedingungen als „soziale Probleme“ existierte nicht als theoretisches Problem und folglich auch nicht als empirische Fragestellung.

Durch das Vordringen interaktionistisch-phänomenologischer Ansätze in verschiedenen Teilbereichen der soziologischen Theorie und Forschung wurde auch der

Teilbereich der Soziologie sozialer Probleme, der eine Domäne des „normativen Paradigmas“, insbesondere des Strukturfunktionalismus war, stark verunsichert. Eine nähere, kritische Analyse der klassischen theoretischen Beiträge zur Soziologie sozialer Probleme, so z.B. der Mertonschen, deckte gravierende terminologische und theoretische Unklarheiten, aber auch empirische Leerstellen auf und entwickelte eine alternative Sichtweise: Soziale Probleme als soziale Bewegungen bzw. als kollektives Verhalten. Angesichts der bis dahin kaum gelösten Frage nach den eindeutigen, objektiven theoretischen Definitionsmerkmalen sozialer Probleme, verlegte sich die interaktionistische Position auf die alternative Fragestellung, nicht nach den Ursachen irgendwelcher sozialer Probleme zu suchen, von denen man ohnehin nicht theoretisch zwingend bestimmen könne, was sie eigentlich zu sozialen Problemen mache, sondern stattdessen exakt zu untersuchen, wodurch und wie aus einer unendlich groß scheinenden Vielfalt von problematischen und problematisierbaren sozialen Bedingungen durch soziales Handeln – intentionales und nicht-intentionales – von Individuen und Gruppen bestimmten Bedingungen und Erscheinungen die Bedeutung eines „sozialen Problems“ zugeschrieben, wie also ein soziales Problem „konstituiert“ wird.

Trotz der hier nicht näher zu erläuternden gravierenden Gefahren einer solchen Verschiebung der wissenschaftlichen Problematik erwies sich diese alternative Sichtweise zunächst sehr schnell als erkenntnisträchtig und theoretisch fruchtbar. Ob sie sich jedoch auch auf die Dauer als lohnend und nicht als „relativer Irrweg“ erweist, ist eine Frage, deren Beantwortung wir durch die Arbeit dieses Themenbereichs vorantreiben wollen.

Wir haben dies getan, indem wir Fragestellungen entwickelten, die zum ersten geeignet zu sein schienen, die Relevanz von in der traditionellen Soziologie sozialer Probleme als erklärungskräftig geltenden Variablen für die neue Fragestellung der Konstitution sozialer Probleme zu prüfen, zum zweiten versprachen, die Fruchtbarkeit der Analyse der Konstitution sozialer Probleme für umfassendere theoretische Fragestellungen zu testen.

Ein Forschungsbereich der Analyse sozialer Probleme, für den sich die Konstitutionsproblematik nie zu stellen schien, war der Untersuchung jener sozialen Probleme gewidmet, die kausal mehr oder weniger unvermittelt auf *sozio-ökonomische* Bedingungen und Prozesse zurückführbar zu sein scheinen. Es ergibt sich daraus die interessante Frage, ob die Analyse der Konstitution sozialer Probleme möglicherweise nur für bestimmte soziale Probleme neue Einsichten zu erbringen vermag.

Gleichzeitig rücken sozio-ökonomische Bedingungen und Prozesse in Zusammenhang mit der Konstitution von sozialen Problemen insofern erneut in den Blickpunkt des Interesses, als neuere konflikt-theoretisch orientierte Versionen der interaktionistischen Position (z.B. von Hartjen) zu Recht darauf verweisen, daß Prozesse der Konstitution sozialer Probleme nicht *beliebige*, zwar nach bestimmten Phasen unterteilbare Verläufe nehmen, sondern davon auszugehen ist, daß sozial-strukturelle Bedingungen, Machtmittel- und Ressourcenverteilung, kurz: Herrschaftsverhältnisse den Verlauf von Konstitutionsprozessen auf mehreren Ebenen beeinflussen, wenn nicht sogar determinieren. So plausibel diese These scheint, es fehlt bisher an einer differenzierten theoretischen Ausarbeitung dieser Zusammenhänge. Das Referat von Widmaier zielt auf die Behebung dieses Defizites, die durch Einbeziehung der ökonomischen Theorie, insbesondere der Neuen Politischen Ökonomie, ermöglicht werden sollte.

Finden wir die Relevanz ökonomischer Variablen auf zwei Ebenen, der der Verursachung der problematischen Bedingungen und derjenigen der Konstitution der-

selben als soziales Problem, als erwiesen, wenn auch nicht eindeutig geklärt, so möchten wir für die Variable „Raum“ zwar auch die These von ihrer Relevanz auf beiden Ebenen wagen, aber das theoretische Wissen um die Relevanz der Variablen „Raum“ ist ungleich geringer – ein Mangel, der für die soziologische Theorie generell gilt. Dies ist besonders deshalb verwunderlich, weil es theoretische Traditionen gibt, die die Variable „Raum“ ins Zentrum ihrer Überlegungen gerückt haben, und eine nahezu unüberblickbare Flut empirischer sozial-ökologischer Forschungen. Es fehlt an einer systematischen Theorie der Bedeutung des Raumes für die Genese problematischer Bedingungen, vor allem aber des Einflusses der räumlichen Beziehungen für Auslösung, Verlauf und Erfolg von Prozessen der Konstitution sozialer Probleme. Das Referat von Schäfers, das durch das Koreferat von Savelsberg ergänzt wird, stellt einen Versuch zur Klärung dieser beiden Fragen dar.

In nahezu allen Definitionen von sozialen Problemen wird Bezug genommen auf gesellschaftliche Werte, die als Maßstäbe zur Verortung von sozialen Bedingungen als soziale Probleme Voraussetzung sind. Meist übersehen – obwohl von Merton schon vor Jahrzehnten beobachtet – wird der Umstand, daß gerade aus der Realisierung von gesellschaftlichen Werten soziale Probleme bzw. genauer „problematische“ und „problematisierbare Bedingungen“ resultieren können und in der Regel auch resultieren. Rüdiger Lautmann hat die komplexe Aufgabe übernommen zu prüfen, ob sich unter explizitem Rückgriff auf die Variable „Wert und Wertwandel“ gerade auch die Genese und die Konstitution sozialer Probleme in neuem Licht darstellen läßt. Durch die Rückbindung der Entwicklung von Werten an umfassendere gesellschaftliche Transformationen wird deutlich, daß der Variablen „Wert und Wertwandel“ eine erheblich komplexere Bedeutung zuzumessen ist, als dies die klassischen Ansätze, insbesondere der alte „Wertkonflikt-Ansatz“, vermuten ließen.

Im Zuge der Auseinandersetzung zwischen strukturell-funktionalen und interaktionistischen Ansätzen in der Soziologie sozialer Probleme drehte sich ein wesentlicher Streitpunkt um die Frage, welches theoretische Potential der Soziologe anzubieten habe, um eine „objektive“ Bestimmung von bestimmten sozialen Bedingungen als soziale Probleme zu leisten. Während die Aussagen Mertons den Soziologen implizit in die Rolle des „Oberschiedsrichters“ versetzen, auch wenn er eine ausdrückliche Formulierung absichtlich oder unabsichtlich vermeidet, bestreitet Herbert Blumer diesen indirekt erhobenen Anspruch mit aller Entschiedenheit. Bei Blumer läuft der Wissenschaftler der gesellschaftlichen Konstitution sozialer Probleme mehr oder weniger kopflos hinterher, er kann sie analysieren, aber nicht determinieren. Manis dagegen fordert den Soziologen bzw. den Wissenschaftler massiv auf, sich an der Konstitution sozialer Probleme in doppelter Weise zu beteiligen. Angesichts des Mangels *anderer* universell akzeptierter Werte könne und müsse der Wissenschaftler die universalistischen Werte, die wissenschaftliches Arbeiten leiten bzw. leiten sollten, zur Grundlage nehmen, um konkrete soziale Bedingungen und Prozesse als problematische zu identifizieren. In der zweiten Stufe beteiligt sich die Wissenschaft an der Ermittlung, Bekanntmachung und Dokumentation sozialer Probleme. Die Wissenschaft stellt also sowohl die Wertmaßstäbe als auch die Mittel zum Vergleich zwischen Werten und Realitäten zur Verfügung. Drei theoretische Ansätze, drei radikal unterschiedliche Aussagen zur Definitionsmacht von Wissenschaft im Prozeß der Problemkonstitution! Das Referat von Frau Nowotny prüft die Schwächen und Mängel verschiedener Positionen am Beispiel verschiedener sozialer Probleme und bereitet damit eine realistischere, wenn auch pessimistischere Beurteilung der Definitionsmacht Wissenschaft vor.

Das Verständnis von „sozialen Problemen“ als sozialen Bewegungen und die These, daß zum erfolgreichen Abschluß von Konstitutionsprozessen sozialer Probleme spezifische gesellschaftliche Bedingungen gegeben sein müssen, führen zwangsläufig zu der Frage, um welche spezifischen Bedingungen es sich dabei konkret handelt. Gefordert wird also eine theoretische und empirische Analyse von gelungenen und gescheiterten Konstitutionsprozessen. Es liegt auf der Hand, daß hier wesentliche methodologische Probleme, vor allem aber Probleme der Datenbasis auftreten. Unterstellt man, daß es sich bei der Konstitution sozialer Probleme um den Prozeß handelt, durch den und mit dem erst die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und auch der wissenschaftlichen Öffentlichkeit auf bestimmte problematische gesellschaftliche Bedingungen und Ereignisse gelenkt wird, so kann man begründet davon ausgehen, daß es kein adäquates System offizieller statistischer Daten gibt, um ein soziales Problem in seiner Konstitutionsphase zu beobachten. Hier stellt sich die Frage an die „Bewegung der sozialen Indikatoren“, inwieweit sie dennoch einen relevanten Beitrag zur Erforschung der Konstitution sozialer Probleme leisten kann. Hier ist unter den verschiedenen Funktionen sozialer Indikatoren insbesondere die Antizipationsfunktion angesprochen. Das Referat von Bohle versucht eine Einschätzung der Leistungsfähigkeit sozialer Indikatoren für diese Aufgabe.

Schätzt man die Nützlichkeit der Indikatorenforschung für die genannte Fragestellung skeptisch ein und möchte dennoch nicht auf die empirische Erforschung der Konstitution sozialer Probleme verzichten und berücksichtigt gleichzeitig, daß die gesellschaftliche Entwicklung und die Entwicklung sozialer Probleme der Vergangenheit eine einzige Fundgrube für empirisches Material zur Beantwortung unserer Fragestellungen darstellen – und dies vor allem, wenn man die theoretisch besonders kritischen Fälle der *mißlungenen* Konstitution von sozialen Problemen mit im Blick hat –, so liegt die Idee nahe, in der historischen Sozialforschung einen Ausweg aus der methodischen und methodologischen Klemme zu suchen. Das Referat von Reinke versucht, die Möglichkeiten und Grenzen der historischen Sozialforschung im Rahmen der Untersuchung der Konstitution sozialer Probleme zu ermitteln.

Die bisherigen Analysen der Konstitution sozialer Probleme haben gezeigt, daß diese Prozesse in Industriegesellschaften, auch und gerade in vermeintlich post-industriellen Gesellschaften, eine Vielzahl von staatlichen Organisationen, privatwirtschaftlichen Unternehmungen, sozialen Bewegungen, Professionen und Berufen kreieren, die sich der Beseitigung, Behebung, Verwaltung oder Ausbeutung der betreffenden sozialen Probleme widmen. Diese *latenten* Funktionen von sozialen Problemen sind von Merton früh entdeckt und auf höchst fruchtbare Weise theoretisch verarbeitet worden. Für die Analyse der Konstitution sozialer Probleme sind diese interessanten theoretischen Überlegungen bis heute jedoch nahezu folgenlos geblieben. Das Referat von Jänicke richtet einen Teil seiner Analyse genau auf diese meist unbeachteten Zusammenhänge, deren Brisanz vielleicht erst dann wirklich deutlich wird, wenn der Stellenwert der staatlichen Politik, insbesondere der Sozialpolitik, für den Prozeß der Konstitution sozialer Probleme ins Zentrum der Analyse gerückt wird.

Damit sind wir bei einer Fragestellung angelangt, die den Berührungspunkt zu anderen Themenbereichsveranstaltungen abgibt. Tenbruck hat in seiner „Kritik der planenden Vernunft“ das Dilemma der allumfassenden Anwendung sozialwissenschaftlichen Wissens in der gesellschaftlichen Planung aufgezeigt. Wie steht es um die unbeabsichtigten und nicht-antizipierten Konsequenzen sozialwissenschaftlich

angeleiteter gesellschaftlicher Intervention zur Behebung oder Regulierung sozialer Probleme? Das bisher vorliegende theoretische und empirische Wissen um die Konstituierung sozialer Probleme unterstellt einen Konstitutionsprozeß, in dem Betroffene und verschiedene alliierte Interessen- und Wertgruppen ihre Problemdefinition der Öffentlichkeit, der Verwaltung, den politischen Parteien und Organisationen, den Massenmedien etc. durch Kreation einer sozialen Bewegung aufzuzwingen versuchen. Staatliche Bürokratien und Planungsinstanzen verhalten sich dieser Theorie-tradition zufolge abwehrend, allenfalls reaktiv, nehmen aber nichts destoweniger Einfluß auf die Aushandlung der als relevant anzusehenden Dimensionen einer problematischen Situation. Aus der unendlich großen Zahl von Problemdimensionen werden einige wenige als relevant selegiert, andere ignoriert oder sogar gezielt verleugnet. Für die Konstitution eines sozialen Problems aus problematischen Situationen ist also eine scharfe Selektionsleistung zu erbringen, die einige Problemaspekte akzentuiert, unendlich viele andere aber unterdrückt. Es ist davon auszugehen, daß schon innerhalb dieses Selektionsprozesses, der eine entscheidende Phase der Konstitution ausmacht, eine komplexe Figuration von Akteuren und Akteursgruppen gegeben ist, innerhalb derer die Akteure durch ihr intentionales oder auch ihr nicht-intentionales Handeln eine gesellschaftliche Realität produzieren, die von ihnen nicht antizipiert werden konnte und auch nicht intendiert wurde. Wir gehen deshalb davon aus, daß in den Konstitutionsprozeß zwar Interessen und Ideologien von beteiligten Gruppen einfließen, daß er jedoch zu Ergebnissen und sozialen Problemen führt, die mit der ursprünglichen Problemsicht keiner der beteiligten Gruppen übereinstimmen, ohne daß diese Diskrepanz wahrgenommen, geschweige denn exakt bestimmt wird.

Diese These leitet zu dem Gedanken über, ob nicht einige der nicht-intendierten Konsequenzen gesellschaftlicher Intervention gegenüber sozialen Problemen nicht daraus resultieren, daß richtiges sozialwissenschaftliches Wissen falsch angewendet wird oder die sozialen Konfigurationen, innerhalb derer die Interventionen stattfinden, nicht-intendierte Konsequenzen bewirken, sondern sich daraus ergeben, daß schon bei der Konstitution eines sozialen Problems eine Selektion von Dimensionen erfolgt war, die besonders relevante Aspekte ignorierte. Einige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Die Interpretation „psychischer Störungen“ als individuelle Erkrankung und nicht als Entfremdung oder als gestörte Kommunikation, die Interpretation der Abtreibungsproblematik als Problem des Schutzes ungeborenen Lebens und nicht als existentielles Problem der betroffenen Frauen, der Terrorismus als individuelle Psychopathologie und nicht als Wechselverhältnis von radikaler Herausforderung und von verständnisloser staatlicher Gegenwehr etc. Das Referat von Sack richtet seine besondere Aufmerksamkeit deshalb gerade auf diese ersten Stufen des Konstitutionsprozesses, die keinesfalls theoretisch und empirisch so exakt bestimmt sind, wie man stets angenommen hat.

Ich will und muß an dieser Stelle diese zu lang geratene Einführung abbrechen, die hoffentlich den engen thematischen und theoretischen Zusammenhang der vorzutragenden Referate deutlich gemacht hat.